



Perspektiven nach dem Bergbau

von Matthias Loehr, unserem Vertreter im neuen Braunkohleausschuss

Durch das Siechtum der AfD-Fraktion in der Cottbuser SVV ist DIE LINKE wieder drittstärkste Kraft im Parlament. Damit sind eine Vielzahl von (neuen) Aufgaben für uns Stadtverordnete verbunden.

So gehöre ich nun erstmals als stimmberechtigtes Mitglied dem Braunkohleausschuss des Landes an, deren Aufgabe es ist, an der regionalen Willensbildung bei der Braunkohlen- und Sanierungsplanung mitzuwirken.

Nach der Wahl durch die SVV fand am 10.09. eine Fachexkursion durch Teile des einstigen Lausitzer Tagebaureviers statt. Seit 26 Jahren werden in den Ländern Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen ehemalige Tagebauflächen sowie Kali- und Erzbergwerke saniert. Mehr als 11 Mrd. Euro wurden hierfür durch den Bund und die vier Länder bisher aufgewandt und rund 100.000 ha Fläche wiederhergestellt. Vermutlich wird es noch 20 bis 25 weitere Jahre dauern, bis die Arbeiten abgeschlossen sind.

So wird beispielsweise der Schlabendorfer See regelmäßig mit dem Sanierungsschiff Barbara der LWG bekalkt, um den pH-Wert zu verbessern. Von anfänglich 2,7 konnte dieser Wert auf

8,4 (08/2020) erhöht und gehalten werden. Der Bestand an Fischen und Amphibien wächst langsam an. Mehr als 61.000t Kalk wurden seit 2013 in den See eingebracht, der zuvor der Braunkohletagebau Schlabendorf-Süd war.

Um die Standsicherheit ehemaliger Tagebaukippen zu gewährleisten, kommen diverse Verfahren zum Einsatz. Flächen des vormaligen Braunkohletagebau Schlabendorf-Nord werden zurzeit mittels Rütteldruckverdichtung wieder nutzbar gemacht. Zur Auffüllung werden allein in diesem Gebiet 190.000 m³ Erde bewegt. Die Stilllegung erfolgte 1977, seit 1997 laufen verschiedenste Sanierungsmaßnahmen. Gleich neben Lübbenau gab es die Tagebaue Seese West und Ost. Von 1962 bis 1996 wurde hier Braunkohle gefördert. Dort kommt seit einigen Monaten die sogenannte „Schonende Sprengverdichtung“ zum Einsatz. In Tiefen zwischen 7 und 41 Meter werden durch Bohrlöcher Sprengladungen angebracht, diese Abschnittsweise gezündet. Dadurch kommt es zur Verdichtung des ehemaligen Kippengeländes und der Boden senkt sich in einem Radius von 10 bis 15 Meter ab.

Insbesondere die Sanierung des gestörten Wasserhaushaltes und die Verbesserung der Wasserqualität - Stichworte Eisenhydroxid und Eisensulfat - wird noch einige Jahre in Anspruch nehmen. Bei der Braunkohlensanierung handelt es sich wahrscheinlich um die größte Landschaftsbaustelle Europas. In der Lausitz und in Mitteldeutschland entstanden und entstehen Bergbaufolgelandschaften, die den ehemaligen Braunkohlenregionen landschaftlich, ökologisch und auch wirtschaftlich ein neues, attraktives Antlitz verleihen. Der Wandel ist inzwischen überall sichtbar und spürbar geworden.

So hat sich das Lausitzer Seenland mit seinen insgesamt 25 Seen, von denen bald zehn durchgängig schiffbar sein werden, zu einer beliebten Tourismusregion entwickelt. Die Übernachtungen sind seit 2014 um über 25% auf 640.000 im Jahr 2019 gestiegen.

Durch den Sanierungsbergbau werden somit auch neue wirtschaftliche Möglichkeiten für die Region geschaffen. Gern werde ich im Ausschuss diese Aufgaben und Tätigkeiten in den kommenden Jahren begleiten.

Neue Besetzung in der Cottbuser Stadtverordnetenversammlung

Werksausschüsse

Grün- und Parkanlagen
Karin Kühl (E.Richter)

Sportstättenbetrieb
Karin Kühl (K.Loehr)

Glad House
Matthias Heine (A.Kaun)

Tierpark
Birgit Mankour (K.Loehr)

Kommunales Rechenzentrum
André Kaun (M.Loehr)

Kommunale Jugendhilfe
Matthias Loehr (B. Mankour)

Aufsichtsräte

Stadtwerke
André Kaun

EGC
Matthias Loehr

Braunkohleausschuss Matthias Loehr

Unsere sieben Abgeordneten sind in allen Fachausschüssen (siehe www.dielinke-lausitz.de), als stellvertretende Vorsitzende der SVV, Mitglieder der Wahlkommission, des Hauptausschusses, des Jugendhilfeausschusses, in den Aufsichtsräten des CTK, GWC, CMT, Cottbusverkehr und dem Zweckverband Lausitz, vertreten.

Stand: 09/2020

Termine

14.09./28.09., 18 Uhr
Sitzung der Fraktion in
der SVV

17.09., 18.30 Uhr
BildungsBLOCK
„Die Anti-Corona-
Bewegung in Deutsch-
land. Wieviel Einfluss
haben (neu)rechte
Akteure und welche
Strategien verfolgen
sie?
mit Daniel Jacobi, Re-
ferent LT und Experte

21.09., 17.30 Uhr
LINKS.Diskurs
„Regieren oder Oppo-
nieren? - Perspektiven
nach der Bundestags-
wahl 2021“
Diskussion mit dem
designierten Bundes-
tagskandidat für Cott-
bus und SPN Christian
Görke/im Prima Wet-
ter

Die Veranstaltungen
werden im Internet
übertragen. Bitte für
17.09. Link anfordern:
veranstaltung@dielinke-lausitz.de

26.09., 10 Uhr
Politfrühstück
„Was ist los in der
Kommunalpolitik“ mit
Eberhard Richter

Öffnungszeiten Büro
Di: 9 - 17 Uhr
Mi: 9 - 14 Uhr
Do: 14 - 17 Uhr
Kassentag: Dienstag



Kinder wollen im Frieden leben

Was als Veranstaltung zum Weltfriedenstag am 1. September 2018 begann, ist inzwischen fester Bestandteil des Cottbuser Veranstaltungskalenders geworden: Auch in diesem Jahr hat DIE LINKE zum Kinder- und Friedensfest in das Familienhaus im Puschkinpark eingeladen. Natürlich waren in diesem Jahr einige Dinge anders: In den Warteschlangen am Popcornstand und am Kuchenbasar musste Abstand gehalten werden, nach drinnen ging es nur mit Maske und am Einlass wurde sichergestellt, das sich nicht mehr als 100 Menschen gleichzeitig auf dem Gelände aufhielten. Schließlich sollten alle Gäste gesund bleiben und aufeinander achtgeben.

Unter diesen ungewöhnlichen Umständen eröffneten der Kreisvorsitzende der Lausitzer LINKEN, Matthias Loehr sowie der Finanzbeigeordnete der Stadt Cottbus, Markus Niggemann die Veranstaltung. Als Gäste wurden

Christian Görke, Landtagsabgeordneter und ehemaliger Finanzminister des Landes Brandenburg und Marco Bedrich, Regionalgeschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt.

Die politische Botschaft, die alle einte, war klar: Auch im 75. Jahr nach Ende des Zweiten Weltkrieges darf ein Leben in Frieden und Sicherheit nicht als selbstverständlich hingenommen werden. Daran erinnert jährlich der Weltfriedenstag am 1. September – Jahrestag des Überfalls auf Polen durch Nazideutschland. Ein dreiviertel Jahrhundert ist seitdem vergangen doch allzu oft scheint es so, als habe die Menschheit nicht daraus gelernt. Die aktuelle Debatte um die Anschaffung neuer Kampfjets durch die Bundeswehr, welche auch Atombomben tragen können, zeigt dies deutlich. „Diese Milliarden sind in unseren Schulen und Kitas besser aufgehoben“, so Christian Görke in seiner Rede.

Für gute Unterhaltung sorgte ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm. Einen stimmungsvollen Auftakt besorgte die „Grüne Kapelle“ mit einer Auswahl aus ihrem Repertoire. Das „Variété Fantastique“ bot spektakuläre Artistiknummern und der Clown „Husch“ begeisterte die Kinder mit Humor und Zauberei. Inzwischen fester Bestandteil und Höhepunkt des Programms war das einstündige Konzert von „Träumer und Menschen“.

Dank gilt allen großen und kleinen Gästen sowie den zahlreichen ehrenamtlichen Helfenden, die in der Vorbereitung, auf und hinter der Bühne sowie beim Aufräumen mit angepackt und zu diesem gelungenen Nachmittag beigetragen haben. Schon jetzt ist klar: Auch im nächsten Jahr soll es wieder ein Kinder- und Friedensfest geben. Die vierte Ausgabe findet dann am 4. September 2021 statt.

Christopher Neumann

Keine Geschenke den Hohenzollern

Volksinitiative auf der Zielgeraden

Seit einem Jahr sammelt die Brandenburger LINKE Unterschriften, um einen Vergleich im drohenden Rechtsstreit mit den Nachfahren der preußischen Königsfamilie zu verhindern. Es geht um den Erhalt wertvoller Kulturgüter in öffentlicher Hand – aber auch um eine Klärung der Frage, welche Verantwortung die Hohenzollern-Familie bei der Machtergreifung der Nazis in Deutschland hatten.

Auf den ersten Blick wirkt es wie ein Streit um Besitztümer. Die Nachfahren des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II. aus dem Hause der Hohenzollern fordern für sich die Herausgabe unzähliger Gemälde, Möbelstücke, Skulpturen und anderer Kunstgegenstände, die sich im Besitz der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten sowie weiterer öffentlich-rechtlicher Einrichtungen befinden.

den. Viele Objekte sind von erheblichen Wert und historischer Bedeutung.

Darüber hinaus fordern sie ein dauerhaftes und unentgeltliches Wohnrecht im Potsdamer Schloss Cecilienhof oder in einer Liegenschaft am Rande des weltberühmten Parks Sanssouci sowie Entschädigungszahlungen in Höhe von 1,2 Millionen Euro zuzüglich Zinsen. Dabei ist der Großteil der Besitztümer des früheren Adelsgeschlechts Staatseigentum gewesen – finanziert aus Steuergeldern.

Über diese Gerechtigkeitsfrage hinaus geht es aber auch um die Klärung eines historischen Sachverhalts. Das von den Hohenzollern angeführte Ausgleichsgesetz für nach 1945 enteignete Liegenschaften sieht den Ausschluss von Entschädigungsleistungen vor, wenn die enteigneten

„dem nationalsozialistischen System [...] erheblich Vorschub geleistet haben“. Mehrere Gutachten von Historiker*innen stellen in Aussicht, dass dies der Fall gewesen sein könnte. So sind unterstützende Äußerungen und Schriften des Sohnes des letzten deutschen Kaisers, Kronprinz Wilhelm von Preußen, bekannt. So gratulierte er Hitler per Telegramm zur Besetzung der Niederlande und Belgiens mit den Worten „Gott schütze Sie und unser deutsches Vaterland“.

Die juristische Auseinandersetzung um die Vermögensfragen ist also auch die – vielleicht letzte – Chance auf eine juristische Aufarbeitung dieser möglichen Mitverantwortung des früheren Adelsgeschlechts für den Aufstieg und den Machterhalt der Nazis in Deutschland. Mit einem Vergleich, wie ihn auch die

Brandenburger Landesregierung wieder in Betracht zieht, wäre diese Gelegenheit vertan.

Deshalb fordert die Volksinitiative, dass keine solche Einigung geschlossen und gegebenenfalls der Rechtsweg beschritten werden soll. In den kommenden Wochen wird die Cottbuser LINKE noch einmal verstärkt um Unterstützung werben. Alle Mitglieder bitten wir herzlich, in ihrem persönlichen Umfeld, in Familie, Freundeskreis oder bei den Nachbarn, Unterschriften zu sammeln. Die Listen können selbst ausgedruckt oder in der Geschäftsstelle abgeholt werden. Wichtig ist nur: Die ausgefüllten Listen bis Anfang Oktober wieder zurückbringen, damit jede Unterstützung gezählt wird und es am Ende heißt:

Keine Geschenke den Hohenzollern!

Christopher Neumann

DIE LINKE tritt in die Pedalen - 21 Tage Stadtradeln

STADTRADELN ist ein Wettbewerb, bei dem es darum geht, drei Wochen lang möglichst viele Alltagswege klimafreundlich mit dem Fahrrad zurückzulegen.

Die Kilometer werden gesammelt, aber auch die gemachten Erfah-

rungen. So richtet sich der Aufruf nicht nur an die Cottbuser*innen, sondern ebenfalls an die Stadtpoliker*innen.

Cottbus kämpft seit dem 6.9. somit gleich um zwei Titel: „Fahrradaktivste Kommune“ und „Fahrradaktivstes

Kommunalparlament“.

Natürlich haben Linksfraktion und DIE LINKE ebenfalls ein Team!

Die aktuellen Ergebnisse können hier nachgesehen werden: www.stadtradeln.de/cottbus



2021 Ein Haushalt ohne Mut und Kompass

aus dem Landtag von Christian Görke

Mit dem Haushalt für das Jahr 2021 will die rot-schwarz-grüne Landesregierung weitere 1,9 Milliarden Euro Kredite aufnehmen, um die Folgen der Corona-Krise abzufedern. Mit derselben Begründung hatte die Kenia-Koalition bereits im April dieses Jahres zwei Milliarden Euro Schulden gemacht, um den Corona-Rettungsschirm zu speisen.

Soloselbstständige werden im Stich gelassen!

Obwohl erst ca. 780 Millionen Euro davon verteilt sind, lässt die Kenia-Koalition insbesondere die Solo-Selbstständigen in der Corona-Krise auch in der Lausitz im Regen stehen. Dem vollmundigen Versprechen vom Beginn der Corona-Krise folgt nichts.

Während andere Länder, wie Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Thüringen, den betroffenen Solo-Selbstständigen einen fiktiven Unternehmerlohn bzw. einen Zuschuss zur Sicherung des Lebensunterhalts in Höhe von bis zu 1180 Euro pro Monat zahlen, lehnen SPD, CDU und Grüne in Brandenburg dies ab.

So droht vielen Solo-Selbstständigen und Kleinunternehmern die Rückzahlung der Hilfgelder, sofern sie sie nicht nur für betriebliche Ausgaben, sondern auch für

den eigenen Lebensunterhalt verwendet haben.

Finanzhilfen für Verkehrsbetriebe zu niedrig!

Auch die Corona-Hilfen für die Verkehrsunternehmen wie dem „Cottbusverkehr“ und „Regio-Bus Ost“ sowie in der Gastronomie/ Hotellerie, die besonders stark von den Corona-Einschränkungen betroffen sind, fielen zu niedrig aus.

Nun versuchen die Kenia-Koalitionäre mit den neuen Schulden offensichtlich, ihre Projekte des Koalitionsvertrages zu finanzieren. So sollen dem BER allein in 2021 weitere 190 Mio.€ für völlig überzogene und nicht nachvollziehbare Ausbauträume bereitgestellt werden.

Rotstift für die Bildung!

Trotz eines Rekordhaushaltsvolumens von 15 Milliarden Euro wird im Bildungsbereich der Rotstift angesetzt. So wird wie die geplante Aufstockung des Kita-Personals und die vollständige elternbeitragsfreie Kitabetreuung verschoben.

Das bewährte Kommunale Investitionsprogramm der rot-roten Vorgänger-Regierung wird nicht fortgesetzt, obwohl die Bedarfe in den Städten und Gemeinden nach wie vor groß sind, ob bei der Sanierung von Schulen, bei der Investition

in Feuerwehrinfrastruktur oder beim Bau und der Rekonstruktion von Sport- und öffentliche Freizeitstätten.

Zum letzten Mal Geld für Projekt Schulkrankenschwestern!

Ebenfalls mutlos und halbherzig ist, dass im Haushalt 2021 letztmalig Mittel in Höhe von 400 000 Euro für das erfolgreiche Projekt der Schulgesundheitsfachkräfte bereitgestellt werden. Dabei wäre eine langfristige und dauerhafte Perspektive für die Schulgesundheitsfachkräfte notwendig.

Von diesem Modellprojekt profitieren bisher auch die drei Cottbuser Bildungseinrichtungen Europaschule „Regine

Hildebrandt“, die Fröbel-Grundschule sowie die Unesco-Grundschule. Statt die kontinuierliche Finanzierung der Schulkrankenschwestern in Frage zu stellen, muss dieses Projekt verstetigt und ausgeweitet werden.

Denn gerade die Corona-Pandemie zeigt uns, wie wichtig Fragen des Gesundheitsschutzes und der Prävention in den Schulen sind. Darüber hinaus sind kompetente Ansprechpartner in den Schulen auch gefragt, um Kinder und Jugendliche mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen zu unterstützen.

Es ist also nicht egal wer regiert...



Foto: Der designierte Bundestagskandidat Christian Görke auf Entdeckungstour durch seinen ausgewählten möglichen Wahlkreis am 3. September. Selbstverständlich interessiert den Verkehrspolitiker das Cottbuser OSTsee-Projekt und so macht er eine Stippvisite im Hafbüro.

Save the date-Nomierungsveranstaltung: 03.11.2020